



FREIE BAUERN ■ Bentstreeker Straße 4 ■ 26639 Wiesmoor

Frau Ministerin Barbara Otte-Kinast
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen
Calenberger Straße 2

30169 Hannover

FREIE BAUERN Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann
Landesreferentin: Sara Collmann

Bentstreeker Str. 4, 26639 Wiesmoor
Telefon: 0172-5352195

sara.collmann@freiebauern.de
www.freiebauern.de

22. April 2021

FREIE BAUERN Niedersachsen: Stellungnahme zur Niedersächsischen Ackerbau- und Grünlandstrategie

Sehr geehrte Frau Otte-Kinast,

wir begrüßen, dass Sie eine Ackerbau- und Grünlandstrategie für Niedersachsen vorgelegt haben. Die Rahmenbedingungen für Landwirtschaft in Niedersachsen werden in hohem Maße auch durch EU und Bund bestimmt, deshalb erlauben wir uns, Ihnen zunächst die Ackerbaustrategie der FREIEN BAUERN Deutschland darzustellen, die wir im vergangenen Jahr dem Bundeslandwirtschaftsministerium übersandt haben. Desweiteren nehmen wir Stellung zu den einzelnen Punkten Ihrer Ackerbau- und Grünlandstrategie und beziehen uns dabei teilweise auf unsere grundsätzlichen Positionen. Über den Bundesrat kann und sollte das Agrarland Niedersachsen Einfluss auf die Rahmenbedingungen nehmen.

Ackerbaustrategie der FREIEN BAUERN Deutschland

Seit Jahrhunderten ist Ackerbau das tägliche Brot der Landwirte. Wir sichern hiermit die Versorgung der Bevölkerung mit dem höchsten Lebensmittelstandard. Unsere Ressourcen wie die Böden werden von uns bewahrt, um sie an die nächste Generation weiterzugeben. Als gut ausgebildete Landwirte reagieren wir stets neu und gezielt auf die unterschiedlichen Herausforderungen von Pflanzen, Boden und Klima. Als Familienbetriebe verfolgen wir langfristige Ziele, wirtschaften in Verantwortung für die kommenden Generationen. Der erste wichtige strategische Ansatz wäre daher, uns Ackerbauern die Freiräume zu lassen, die wir brauchen, um bei unserer Arbeit mit Pflanzen, Boden und Klima die richtigen Entscheidungen zu treffen. Denn nicht jeder Boden ist gleich und kann gleich behandelt werden. Der zweite wichtige strategische Ansatz wären ökonomische Rahmenbedingungen, die uns ermöglichen, frei von fachfremden Einflüssen zu entscheiden, das heißt vor allem wirksame politische Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Billigimporte und Handelsmonopole.

Folgende agrarpolitischen Weichenstellungen sind aus unserer Sicht erforderlich, damit wir in Zukunft ökonomisch erfolgreich und ökologisch nachhaltig Ackerbau betreiben können:

1.) Keine Sojaimporte: Zentraler Schlüssel zu einem besseren Ackerbau in Deutschland ist die wirksame Reduzierung der Einfuhr von Eiweißpflanzen, insbesondere von Soja, aus Übersee. Dass die Handelsabkommen CETA, TTIP und Mercosur aus ökologischen Gründen niemals ratifiziert werden dürfen, ist inzwischen gesellschaftlicher Konsens. Wir fordern darüber hinaus den sofortigen Stopp aller Importe von gentechnisch verändertem Soja, das bereits heute nicht unseren Qualitätsstandards entspricht, sowie eine schrittweise Reduzierung der Importe von Soja innerhalb von zehn Jahren auf null. Dieser Verzicht würde den ökonomischen Rahmen für die Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Eiweißpflanzen schaffen und hätte folgende positive Auswirkungen: Auflockerung der Fruchtfolgen durch Bohnen, Erbsen, Lupinen und eigenes Soja / Einsparung von Mineraldünger durch Stickstoffspeicherung im Wurzelbereich / Einsparung von Pflanzenschutzmitteln durch gesündere Folgekulturen / Stärkung der bodengebundenen Tierproduktion durch teureres Zukauffutter / Stärkung der landwirtschaftlichen Einkommen durch höhere Preise. Um auf das Soja aus Übersee verzichten zu können, müsste flankierend Tiermehl aus Schlachtabfällen wieder zugelassen werden, das als hochverdaulicher Eiweißträger kombiniert mit Bohnen, Erbsen und Lupinen in der Fütterung von Schweinen und Geflügel eingesetzt werden kann. Außerdem müssten die Rahmenbedingungen für den Rapsanbau verbessert werden, der ebenfalls wertvolles Eiweißfutter zur Verfügung stellt.

2.) Schutz für Ackerflächen: Acker ist nicht nur eine wertvolle und endliche volkswirtschaftliche Ressource, sondern die Grundlage unseres Lebens und Überlebens schlechthin und muss deshalb konsequent vor Zerstörung oder Missbrauch geschützt werden. Landesplanung darf keine neuen Siedlungen, Verkehrswege und Tagebaue mehr zulassen. Die Eingriffs-Ausgleichsregelung ist dahingehend abzuändern, dass Kompensationen nicht mehr auf landwirtschaftlicher Fläche, sondern nur noch auf bereits gebrauchten Standorten erfolgen können. Naturschutz sollte nicht mehr auf Flächengewinn und Stilllegung zulasten von Landwirtschaft abzielen. Sinnvoll ist stattdessen eine Vernetzung von Biotopen durch Hecken und Baumreihen in der Agrarlandschaft. Die intensive Nutzung aller verfügbaren Ackerflächen muss dabei ohne Einschränkung möglich bleiben.

3.) Fortschritt mit Verstand: Technischer Fortschritt setzt sich im Ackerbau immer durch, soweit er funktioniert und sich rechnet, dafür bedarf es keiner politischen Initiativen. Statt blauäugig Heilslehren zu verkünden, sollte sich die Politik lieber dafür einsetzen, dass durch neue Technologien nicht die unternehmerische Freiheit unserer Betriebe eingeeengt wird. Bisherige Anwendungen der Digitalisierung haben nicht zu besseren ackerbaulichen Ergebnissen geführt, sondern vor allem den Bedienungskomfort erhöht. Wir wollen, dass der Zugriff Dritter auf betriebliche Daten praktisch und rechtlich ausgeschlossen wird. Ob die neue Gentechnik ackerbauliche Potenziale birgt, ist bisher nicht abzusehen, für die neuen Verfahren werden allerdings bereits fleißig Patente angemeldet. So lange die so entstandenen Pflanzen dem Patentrecht unterliegen, droht unseren Betrieben wirtschaftliche Abhängigkeit. Deshalb lehnen wir ihre Zulassung strikt ab.

4.) Pragmatismus statt Ideologie: Wir Ackerbauern erleben an vielen Stellen, dass starre Vorgaben, vielleicht sogar in bester Absicht entwickelt, uns zu ökonomisch wie ökologisch suboptimalem Handeln veranlassen. Ein Beispiel sind die Sperrfristen der Düngeverordnung, die im Regelfall natürlich passen, aber den Ausnahmefall eben nicht zulassen, wo etwa eine spätere Düngung noch von den Pflanzen sehr gut aufgenommen werden kann. Völlig irrwitzig ist die Pflicht zur Beifügung von Ureasehemmern in Harnstoffdüngemitteln, die zwar im Einzelfall Nitratverlust verhindern können, aber selber in ihren möglicherweise schädlichen Auswirkungen auf Bodenleben und Grundwasser noch überhaupt nicht erforscht sind. Regelrecht kontraproduktiv ist ebenfalls das Verbot insektizider Beizen – im Ergebnis hat es dazu

geführt, dass dieselben Mittel in deutlich höheren Aufwandsmengen nachträglich flächendeckend mit der Pflanzenschutzspritze ausgebracht werden müssen.

Wir bewirtschaften ein im Hinblick auf Boden und Klima gesegnetes Land, und wir bewirtschaften es auf eine Weise, die unsere Kinder und Kindeskiner weiterführen können. Diese wunderbaren Äcker aufzugeben oder sie mit verringerter Intensität zu bewirtschaften, wäre eine Sünde angesichts des Hungers auf der Welt und der fortschreitenden Verdrängung tropischer Regenwälder. Von den Regierenden erwarten wir faire Rahmenbedingungen für unsere Betriebe, eine Deregulierung der Vorschriften mit mehr unternehmerischer Eigenverantwortung und ein klares Bekenntnis zum Ackerbau-Standort Deutschland.

Anmerkungen zur Niedersächsischen Ackerbau- und Grünlandstrategie:

S. 13 Humuserhalt: Hier wird konservierenden Bodenbearbeitung betont. Wie verträgt sich das mit dem von Bundesregierung und Landesregierung gleichermaßen angestrebten Komplettverbot von Glyphosat? Ebenfalls wird ein Wissenstransfer/bundesweites Pilotprojekt zur Bodenbearbeitung etc. gefordert. Was soll der Sinn eines solchen Projektes sein? Wir Landwirte haben jahrhundertlange Erfahrung mit der Bewirtschaftung unserer Böden – und falls wir uns weiterbilden oder beraten lassen wollen, gibt es ja wohl genug Institute und Organisationen, an die wir uns wenden können und die wir dann lieber direkt bezahlen, als dass wir zusehen müssen, wie aus unseren Steuergeldern immer neue bürokratische Wasserköpfe gespeist werden, die Landwirten erklären sollen, wie Landwirtschaft funktioniert.

S. 17 Züchtung/Sorten: Förderung des Züchtungsfortschritts ist für uns nur akzeptabel, wenn der Landwirt die Wahlfreiheit behält. Das schließt jede Förderung der so genannten neuen Gentechnik (CisprCas und ähnliche Verfahren, die alle dem Patentrecht unterliegen und den Landwirt in Abhängigkeit bringen würden) kategorisch aus. Förderung könnte ein Weg sein, den mittelständischen Saatzuchtunternehmen ökonomische Spielräume zu schaffen. Dann müsste allerdings im Gegenzug das Landwirte-Privileg zur Nutzung des eigenen Saatguts voll wieder hergestellt und die Tätigkeit der Spitzelorganisation Saatgut-Treuhand gegen die Landwirtschaft eingestellt werden. Eine entsprechende Initiative zur Änderung des Sortenschutzrechts könnte durch Niedersachsen in den Bundesrat eingebracht werden.

S. 18 Beregnung: Die Aussagen zur Feldberegnung finden unsere volle Unterstützung.

S. 19 Ökonomie: Wir begrüßen ausdrücklich die Aussage „Lösen vom Weltmarkt“. Leider bleibt offen, wie die Ackerbau- und Grünlandstrategie dies bewirken soll. Die Aussage „indem regionale Absatzwege erschlossen werden“ greift sicherlich viel zu kurz. Hier sind Maßnahmen auf europäischer Ebene wie stärkerer Außenschutz oder höherer Qualitätsanforderungen an Agrarimporte etc. zu erarbeiten und politisch umzusetzen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Forderung hinsichtlich Import von Soja in der Ackerbaustrategie der FREIEN BAUERN Deutschland.

S. 21 Biodiversität: Die hier genannten Thesen können von uns ganz überwiegend unterstützt werden. Allerdings steht der Spiegelstrich „Insektenschutz“ ohne jede weitere Erläuterung da: Was hat das zu bedeuten? Wenn ein so essentieller Punkt ohne weitere Erläuterung aufgeführt wird, öffnet sich landwirtschaftsfernen Interessengruppen Tür und Tor für wissenschaftlich unbegründete Forderungen und Anwürfe. Die Forderung „Naturschutz als Produktionsziel“ lehnen wir strikt ab. Unser Produktionsziel ist und bleibt die Erzeugung von hochwertigen Nahrungsmitteln in effizientester Weise im Einklang mit Umwelt, Böden und Familie. Naturschutz wird von uns täglich gelebt und kann per Definition gar kein

Produktionsziel sein. Die FREIEN BAUERN vertreten die bäuerlichen Familienbetriebe, welche auf gesunder betriebswirtschaftlicher Grundlage von ihrer Hände Arbeit leben und die Bevölkerung versorgen wollen. Naturschutz kann daher kein Betriebszweig mit einer almosenbehafteten Entlohnung aus öffentlichen Kassen sein. Die nachhaltige und auf die Flächeneinheit bezogen hochproduktive und umweltschonende niedersächsische (deutsche) Landwirtschaft kann nicht zum Dienstleister einer utopischen „Wohlfühlgesellschaft“ werden, zumal wir uns dies teuer mit Brandrodungen und Bracheumbrüchen in Südamerika und Asien erkaufen und damit dem Weltklima mehr schaden als nützen.

S. 22 Klimaschutz: Hier vermissen wir Aussagen zur CO₂-Effizienz bzw. CO₂-Speicherung durch die bäuerliche Wirtschaftsweise. Wenn man sich auf eine ökonomische Lenkung des CO₂-Haushaltes in der Umwelt einlässt, müsste die Landwirtschaft belohnt werden. Eine Bestrafung für CO₂-Verbrauch kommt jedenfalls nicht in Frage. Im Gegensatz zu Straßenverkehr, Flugreisen, Mobilfunk und einem Großteil der industriellen Produktion erzeugen wir Güter, die lebensnotwendig sind, nämlich Lebensmittel. Dies wird leider in der öffentlichen (Klimaschutz-) Diskussion komplett ignoriert. Keinesfalls darf unter diesem Gesichtspunkt die bestehende Anbaupraxis verteufelt oder unter Veränderungsdruck gesetzt werden. Mais etwa wandelt stärker als andere Pflanzen CO₂ durch Photosynthese in Sauerstoff um: 1 Hektar Mais bindet rund 30 Tonnen CO₂ und recycelt somit den CO₂-Ausstoß von rund 250.000 km Autofahrten bzw. liefert den Jahressauerstoffbedarf von rund 60 Menschen. 1 Hektar Zuckerrüben bindet sogar 35 Tonnen CO₂. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Aussage zu dem kontraproduktiven Verbot insektizider Beizen in der Ackerbaustrategie der FREIEN BAUERN Deutschland. Auch als besonders stickstoffeffiziente Frucht kommt der Zuckerrübe im Ackerbau eine herausragende Rolle zu, Wettbewerbsverzerrungen zu anderen EU-Staaten mit gekoppelten Beihilfen sind zu beseitigen, verstärkter Importdruck durch das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ist zu verhindern.

S. 23 Bildung: Wir wehren uns gegen den hier implizierten Vorwurf, bei der Ausbildung unseres landwirtschaftlichen Nachwuchses würden zu wenig „ökologische Aspekte“ gelehrt. Die Landwirtschaft an sich ist ein zutiefst ökologischer Prozess, und der Umgang mit Boden, Pflanze und Tier bestätigt das Jahr für Jahr. Unsere Ausbilder auf den niedersächsischen Landwirtschaftsbetrieben vermitteln dies seit jeher selbstverständlich den jungen Auszubildenden. Daher sehen wir keinen Bedarf einer Änderung des bestehenden Ausbildungssystems und seiner Inhalte.

S. 30 Grünlandnutzung: Grünland ist eine wichtige Produktionsgrundlage der niedersächsischen Landwirtschaft und nicht Verfügungsmasse für Naturschutz, Extensivierung und Kompensationsmaßnahmen. Denn das zu erntende Gras ist ein wichtiger Lebensmittellieferant, wenn man bedenkt, dass man durch einen Hektar 12.000 kg Milch erzeugen kann. Man kann Erträge von 12,5 dt Gras erzielen, welches vorher 20.000 bis 24.000 kg CO₂ gebunden hat. Im Umkehrschluss produziert Grünland 15-18 t Sauerstoff, doppelt so viel wie ein Hektar Wald. Aber natürlich sind diese Ergebnisse nur zu erreichen, wenn man die Grünlandnarbe nach guter fachlicher Praxis bewirtschaftet. Eine Extensivierung des Grünlandes führt zu einem Humusabbau, während intensiv geführtes Grünland Humus aufbaut. Eine intensiv geführte Narbe hat ein deutlich höheres Nährstoffhaltevermögen, da die Wurzelmasse ausgeprägter ist. Auch Moorflächen sind in der Lage, diese Erträge zu leisten. Die Düngeverordnung muss daher dringend den Anforderungen der Nitratrichtlinie angepasst werden. In Gebieten, die frei von Nitratbelastung sind, darf nur noch die Bewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis maßgeblich sein. Intensives Grünland hat einen N-Bedarf von ca. 300 kg. Diese Düngung muss organisch möglich sein, damit dem Boden auch

die Möglichkeit gegeben werden kann, Humus aufzubauen. Gerade in der Bodenmikrobiologie könnte ein wichtiger Schlüssel zum Klimaschutz liegen. Bodenmikroben werden durch organische Düngung gefördert. Ein weiteres wichtiges Signal für Landwirtschaft und Klimaschutz wäre es, das Umbruchsverbot bei mehrjährigem Feldfutterbau ohne Verlust abzuschaffen.

S. 31 Weidehaltung: Benachteiligungen der Weidehalter müssen Schritt für Schritt abgebaut werden. Der Bedrohung der Weidehaltung durch die Ausbreitung der Wölfe kann nicht mit Herdenschutzmaßnahmen begegnet werden, da diese sich bisher überall – in Abhängigkeit von Populationsgröße und Nahrungsangebot – als langfristig wirkungslos herausgestellt haben. Wir begrüßen, dass in der Strategie bereits von einer Begrenzung der Wolfsbestände gesprochen wird. Sofort notwendig ist der jährliche Abschuss des errechneten Populationszuwachses, der nach Europäischen Naturschutzrecht zulässig ist und angesichts der massiven Verluste der Weidetierhalter in Niedersachsen mehr als begründet wäre. Gerade für das extensive Grünland ist Weidehaltung unverzichtbar und die Ausbreitung der Wölfe führt dazu, dass wichtige Naturschutzziele nicht mehr erreicht werden können.

S. 34 Arten- und Biotopschutz: Den gesetzlichen Biotopschutz für artenreiches Grünland, der noch nicht existiert, aber von der Bundesregierung geplant wird, lehnen wir ab. Er bestraft ausgerechnet diejenigen Landwirte, die freiwillig besonders naturnah und extensiv wirtschaften, indem er ihnen die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum rigoros einschränkt. Artenreiches Grünland ist kein Biotoptyp, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftsweise, die keines gesetzlichen Schutzes bedarf, allenfalls öffentlicher Förderung.

Zusammenfassend sehen wir in der Niedersächsischen Ackerbau- und Grünlandstrategie viele interessante Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftsministerium und FREIEN BAUERN und stehen Ihnen für den fachlichen und politischen Austausch gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Linne

Mitglied der Landesvertretung der FREIEN BAUERN Niedersachsen